

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
18.06.2009, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender:

1. stellv. Ratsvorsitzende:

2. stellv. Ratsvorsitzender:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Karlheinz Bäker

Hannelore Schneider

Jörn Kickler

Gerd-Christian Wagner

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Dirk Brumund (ab TOP 6)

Jürgen Bruns

Ludwig Bunjes

Gerald Chmielewski

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold

Jost Etzold (bis TOP 4)

Jens-Olaf Fianke

Walter Heidenreich

Susanne Herbst (bis TOP 5)

Erich Hillebrand

Christoph Hinz

Kurt Klose

Christine Lampe

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Hans-Hermann Niebuhr

Georg Ralle

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Bernd Redeker

Claudia Rohlfs

Peter Tischer

Elke Vollmer (ab TOP 6)

Dorothea Weikert

Herbert Zeidler

Gleichstellungsbeauftragte:

von der Verwaltung:

Brigitte Kückens

Wilfried Alberts (zeitweise)

Heinz Behrens

Olaf Freitag (zweitweise)

Marion Groß

Rolf Heeren

Jörg Kreikenbohm

Rainer Rädicker (zeitweise)

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.05.2009
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 **Beendigung der Mitgliedschaft des Rats Herrn Jost Etzold im Rat der Stadt Varel**
- 5 **Beendigung der Mitgliedschaft der Ratsfrau Susanne Herbst im Rat der Stadt Varel**
- 6 **Berufung der Ersatzpersonen und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung**
- 7 **Neubesetzung von Ausschüssen und sonstigen Vertretern der Stadt Varel**
- 8 **Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH**
- 9 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 9.1 **Verwaltungsausschuss am 28.05.2009**
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 19.05.2009**
 - 9.1.1 Antrag des Landkreises Friesland auf Erweiterung des Aeroparks - Aufstellung eines Bebauungsplanes und 6. Änderung des Flächennutzungsplans
 - 9.1.2 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 123 (städtisches Grundstück Möörte) - Aufstellungsbeschluss
 - 9.1.3 Bebauungsplan Nr. 95 (Difi-Gebäude), 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss
 - 9.2 **Verwaltungsausschuss am 18.06.2009**
 - Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales am 08.06.2009**
 - 9.2.1 Kindertagesstättenplanung der Stadt Varel
 - Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 09.06.2009**
 - 9.2.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94 (Premium Aerotec) - Aufstellungsbeschluss
 - 9.2.3 Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 159 (Bereich Panzerstraße) - Aufstellungsbeschluss
 - Anträge an den Rat der Stadt Varel**
 - 9.2.4 2. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragsstellenplan 2009
 - 9.2.5 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung einer weiteren A 13 Stelle im höheren Dienst
 - 9.2.6 Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH; Benennung der Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung

10 Mitteilungen des Bürgermeisters

- 10.1 Stadttombola 2009
- 10.2 Aktion der Stadt Varel zwischen Wald und Meer
- 10.3 Erster Stadtrat

11 Behandlung von Anfragen und Anregungen

- 11.1 Bürgerinitiative Varel "Lärmschutz"
- 11.2 Kernkraftwerk Esensham
- 11.3 Grundschulen
- 11.4 Kurverwaltung Nordseebad Dangast
- 11.5 Entwässerungsverband

Protokoll:**Öffentlicher Teil****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass die Ratsfrauen Agostini und Boomhuis sowie die Ratsherren Funke und Schwärmer entschuldigt fehlen.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 14.05.2009

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 14.05.2009 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Die Bürgerinitiative Langendamm stellt folgende Fragen zu der Angelegenheit, wie es zu der Erhebung von zusätzlich 12 € im Abgabenbescheid des Entwässerungsverbandes Varel kommen konnte:

1. Warum führt der OOWV die Gebühren nicht mehr ab?
2. Ist diese mögliche Änderung der Einziehung den damals an dem Verkauf der Kläranlage beteiligten Ratsmitgliedern bekannt gewesen?
3. War diese Möglichkeit überhaupt Bestandteil der damaligen Verhandlungen?

4. Wer hat federführend die Verhandlungen mit dem OOWV geführt?
5. In wie weit sieht sich die Stadt Varel dafür verantwortlich Schaden durch eine vermeidbare Doppelerhebung von den Bürgern abzuwenden?

Dazu antwortet Bürgermeister Wagner:

- Zu 1.: Diese Frage müsste der OOWV als Rechtsnachfolger der Stadt Varel im Bereich Kläranlage beantworten.
- Zu 2.: In den damaligen Verhandlungen ist gesagt worden, dass der OOWV in allen Belangen Rechtsnachfolger der Stadt Varel wird, insofern geht er davon aus, dass auch den Ratsmitgliedern das bekannt war.
- Zu 3.: Seines Wissens war die Abgabe damals in den entsprechenden Verträgen aufgeführt, er wird dieses aber noch mal konkret prüfen.
- Zu 4.: Die federführende Verhandlung hat damals der Bürgermeister geführt.
- Zu 5.: Da jetzt nicht mehr der OOWV den Betrag einzieht, sondern die Wasser- und Bodenverbände selbst, liegt aus seiner Sicht keine Doppelerhebung vor.

4 Beendigung der Mitgliedschaft des Rats Herrn Jost Etzold im Rat der Stadt Varel

Rats Herr Jost Etzold hat durch schriftliche Erklärung vom 02.06.2009 mit Wirkung vom Beginn dieser Ratssitzung an auf seinen Sitz im Rat der Stadt Varel verzichtet. Die Erklärung gem. § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO ist am 04. Juni 2009 beim Bürgermeister eingegangen.

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO stellt der Rat zu Beginn der nächsten Sitzung fest, ob die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bürgermeister Wagner dankt Herrn Etzold im Namen des Rates für seine Tätigkeit im Rat.

Beschluss:

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Rats Herrn Jost Etzold im Rat der Stadt Varel mit dem 18.06.2009 endet, da die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen.

Einstimmiger Beschluss

5 Beendigung der Mitgliedschaft der Ratsfrau Susanne Herbst im Rat der Stadt Varel

Ratsfrau Susanne Herbst hat durch schriftliche Erklärung vom 15.06.2009 mit Wirkung vom 18.06.2009 auf ihren Sitz im Rat der Stadt Varel verzichtet. Die Erklärung gem. § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO ist am 16. Juni 2009 beim Bürgermeister eingegangen.

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO stellt der Rat zu Beginn der nächsten Sitzung fest, ob die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen. Der Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bürgermeister Wagner dankt Frau Herbst im Namen des Rates für ihre Tätigkeit im Rat.

Beschluss:

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft der Ratsfrau Susanne Herbst im Rat der Stadt Varel mit dem 18.06.2009 endet, da die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen.

Einstimmiger Beschluss

6 Berufung der Ersatzpersonen und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung

1. Berufung der Ersatzperson Elke Vollmer

Ratsherr Jost Etzold ist aus dem Rat der Stadt Varel ausgeschieden (siehe TOP 4). Er wurde auf dem Wahlvorschlag der FDP für den Wahlbereich Varel-Stadt durch Personenwahl gewählt.

Erste Ersatzperson des Wahlvorschlages der FDP im Rahmen der Personenwahl für den Wahlbereich Varel-Stadt ist Andreas Wimmer. Herr Wimmer ist am 22.05.2009 nach Köln verzogen und besitzt damit nicht mehr die Wählbarkeit gem. § 35 NGO. Verliert eine Ersatzperson die Wählbarkeit, scheidet er gem. § 45 NKWG als Ersatzperson für die Wahlperiode aus.

Zweite Ersatzperson des Wahlvorschlages der FDP im Rahmen der Personenwahl für den Wahlbereich Varel-Stadt ist Frau Elke Vollmer. Daher geht gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. § 38 Abs. 2 NKWG der Sitz auf Frau Elke Vollmer, Bahnhofstr. 43, 26316 Varel über.

Frau Vollmer hat ihre Berufung als Vertreterin im Rat der Stadt Varel angenommen.

2. Berufung der Ersatzperson Dirk Brumund

Ratsfrau Susanne Herbst ist aus dem Rat der Stadt Varel ausgeschieden (siehe TOP 5). Sie wurde auf dem Wahlvorschlag der CDU für den Wahlbereich Varel-Stadt durch Listenwahl gewählt.

Ersatzperson des Wahlvorschlages der CDU im Rahmen der Listenwahl für den Wahlbereich Varel-Stadt ist Dirk Brumund. Daher geht gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. § 38 Abs. 2 NKWG der Sitz auf Herrn Dirk Brumund, Neumühlenstr. 48 A, 26316 Varel über.

Herr Brumund hat seine Berufung als Vertreter im Rat der Stadt Varel angenommen.

3. Verpflichtung und Pflichtenbelehrung

Bürgermeister Wagner verpflichtet Frau Elke Vollmer und Herrn Brumund ge-

mäß § 42 NGO und weist sie gemäß § 28 NGO auf die ihr obliegenden Pflichten nach den §§ 25 bis 27 NGO hin.

7 Neubesetzung von Ausschüssen und sonstigen Vertretern der Stadt Varel

Die CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen – Gruppe schlägt folgende Neubesetzung von Ausschüssen vor:

Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen

Vertreter:

Brumund für Herbst

Vollmer für J. Etzold

Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr

Mitglieder:

Vollmer für J. Etzold

Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport

Mitglieder:

Redeker für Herbst

Vertreter:

Brumund für Redeker

Vollmer für J. Etzold

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales

Mitglied:

Vollmer für J. Etzold

Brumund für Herbst

Ausschuss für Feuerwehr-, Markt und Ordnungsangelegenheiten

Vertreter:

Brumund für Herbst

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk

Mitglieder:

Vollmer für J. Etzold

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Dangast

Vertreter:

Brumund für Herbst

Vollmer für J. Etzold

Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing Varel GmbH

Gesellschafterversammlung:

Brumund für Herbst

Aufsichtsrat:

Vertreter:

Vollmer für J. Etzold

Beschluss:

Die Besetzung der Ausschüsse und die Benennung von Vertretern der Stadt Varel wird, wie vorstehend aufgeführt beschlossen.

Einstimmiger Beschluss**8 Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH**

Als Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH werden folgende 2 Personen benannt (§ 51 Abs. 6 NGO):

1. von der CDU/FDP/Bündnis90/DieGrünen
Mitglied: Peter Tischer
Vertreter: Ilonka Etzold

2. von der SPD-Fraktion
Mitglied: Alfred Müller*
Vertreter: Olaf Fianke*

(* durch die SPD-Fraktion am 02.07.2009 nachträglich benannt)

Die MMW-Fraktion fordert, wie bereits im Verwaltungsausschuss abgestimmt, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung der Vorhaben dieser Gesellschaft. Diese sollten die Gesellschafter beibringen, bevor sie für die Gesellschaft tätig werden und Beschlüsse fassen.

9 Berichte und Anträge der Ausschüsse**9.1 Verwaltungsausschuss am 28.05.2009****Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 19.05.2009****9.1.1 Antrag des Landkreises Friesland auf Erweiterung des Aeroparks - Aufstellung eines Bebauungsplanes und 6. Änderung des Flächennutzungsplans**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird dem Antrag nicht zustimmen, da sie es zum jetzigen Zeitpunkt noch für zu früh hält.

Ratsherr I. Chmielewski weist darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt im Zusammenhang mit dem TOP 9.2.2 steht.

Beschluss:

Gemäß §§ 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung eines Bebauungsplanes

und die Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Die Geltungsbereiche können dem der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz beigefügten Lageplan entnommen werden. Der Bebauungsplan erhält die Nr. 190. Bei der Änderung des Flächennutzungsplanes handelt es sich um die 6. Änderung. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen.

**Ja: 31 Nein: 2
damit mehrheitlicher Beschluss**

9.1.2 Änderung des Bebauungsplanes Nr. 123 (städtisches Grundstück Möörte) - Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch wird die Durchführung des Verfahrens zur 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 123 beschlossen. Die Änderung soll im beschleunigten Verfahren nach § 13 a Baugesetzbuch durchgeführt werden. Der Geltungsbereich kann dem der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz beigefügtem Lageplan entnommen werden.

Einstimmiger Beschluss

9.1.3 Bebauungsplan Nr. 95 (Difi-Gebäude), 1. Änderung - Abwägung und Satzungsbeschluss

Beschluss:

Die in der Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz zu entnehmenden Beschlussvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 95 wird als Satzung nebst beigefügter Begründung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

9.2 Verwaltungsausschuss am 18.06.2009

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales am 08.06.2009

9.2.1 Kindertagesstättenplanung der Stadt Varel

Beschluss:

Im städt. Kindergarten, Peterstrasse 7, werden entsprechend der anliegenden Pläne und Kostenaufstellungen zwei zusätzliche Krippengruppen einschl. der erforderlichen Nebenräume und weitere Schlafräume für die beiden bereits vorhandenen

Krippengruppen errichtet.

Die Investitionskosten sollen durch die im Konjunkturprogramm II für den Umbau des städt. Kindergartens eingeplanten Beträge und die vom Land Niedersachsen nach der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen vom 17.4.2008 gewährten Zuschüsse finanziert werden.

Die zusätzlichen laufenden Betriebskosten werden von der Stadt Varel getragen. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt einer erweiterten Betriebserlaubnis für die geplante Maßnahme durch die Landesschulbehörde/Landesjugendamt.

Einstimmiger Beschluss

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 09.06.2009

9.2.2 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94 (Premium Aerotec) - Aufstellungsbeschluss

Die Fraktion MMW wird sich der Stimme enthalten, da sie den Umgang miteinander bemängeln. Es wird unnötig ein Zeitdruck erzeugt, in dem es der Fraktion nicht möglich war, sich ausreichend mit dem Thema zu beschäftigen. Sie hätten sich eine frühere, offenere Diskussion über dieses Thema gewünscht, um auch andere Ansätze, wie z. B. einen Buspendelverkehr und den Lärmschutz zu prüfen. Auf Nachfrage in der Vergangenheit wurde immer ausweichend geantwortet. Die Fraktion MMW lehnt nicht die Bebauung ab, sondern den gesetzten Zeitdruck, der eine richtige objektive Planung unmöglich macht.

Ratsherr W. Langer stimmt Herrn Chmielewski grundsätzlich zu. Er verweist darauf, dass versprochen wurde, diejenigen, die sich ernsthaft Gedanken um Mensch und Natur machen, sensible mitzunehmen. Das vermisst er in diesem Fall. Er bittet daher darum, dieses Versprechen in Zukunft zu halten und diese Sensibilität auch nach außen hin zu vertreten. Die gesamte Entwicklung sollte öffentlicher gemacht werden.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die gesamte Entwicklung von sehr schnellen Prozessen geprägt war, auf denen möglichst schnell reagiert werden musste. Premium Aerotec war immer bemüht, adäquaten Ersatz zu schaffen. Er bedauert, dass ein kommunikatives Missverständnis vorliegt und sichert für die Zukunft eine sehr starke Transparenz zu. Insgesamt ist es Ziel, den gesamten Prozess weiterhin aktiv und positiv zu begleiten.

Ratsherr Tischer glaubt nicht an Vorsatz, sondern dass gerade bei der Entstehung des Technologiezentrums eine sehr hohe Eilbedürftigkeit besteht. Da es zwei getrennte Bebauungspläne sind, sind es auch zwei Vorgänge. Das jetzt neu erschlossene Gebiet ist hochwertiges Gewerbegebiet, auf dieser Fläche können aus Sicht des Ratsherrn Tischer keine Parkplätze gebaut werden. Er ist sich sicher, dass eine gute Lösung mit den Anwohnern gefunden wird.

Ratsherr Müller sieht die Problematik des Ratsherrn I. Chmielewski nicht. Er weist darauf hin, dass in jedem Fall umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden. Er sieht die gesamte Entwicklung positiv und bittet um Zustimmung.

Ratsherr Bruns, als Mitarbeiter der Fa. Premium Aerotec, gibt Herrn Chmielewski

recht, dass es schon lange bekannt war, dass weitere Parkplätze gebraucht werden. Die Firma Premium Aerotec hat zunächst viele Optionen geprüft. Heute soll auch nicht die Realisierung beschlossen werden, sondern nur eine Option für eine Untersuchung, um evtl. relativ schnell handeln zu können. Davon unabhängig werden noch weitere Möglichkeiten geprüft, um dann strategisch weiter zu denken. Dabei ist der Zeitdruck sehr hoch. Teilweise kann er die Kritik verstehen, bittet aber um Verständnis dafür, dass die Fa. Premium Aerotec in Handlungszwängen steht. Auch er hätte sich eine frühere Einbeziehung der Anwohner des Schwarzen Weges gewünscht.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Anfahrt nicht über den Schwarzen Weg erfolgt. Die Schutzansprüche der Anwohner werden im eigentlichen Verfahren voll berücksichtigt. Es wird versucht werden, eine gute Lösung mit den Anwohner zu erzielen.

Aufgrund der vorherigen Ausführungen wandelt Ratsherr W. Langer seine ablehnende Haltung in eine enthaltende Haltung.

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch wird die Durchführung des Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 94 beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen. Die Änderung soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch erfolgen.

**Ja: 27 Enthaltungen: 5
damit mehrheitlicher Beschluss**

Ratsherr Ralle nahm an der Abstimmung nicht teil.

9.2.3 Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 159 (Bereich Panzerstraße) - Aufstellungsbeschluss

Beschluss:

Gemäß §§ 2 und 30 Baugesetzbuch für die Durchführung des Verfahrens zur 1. Änderung des Vorhaben bezogenen Bebauungsplanes Nr. 159 beschlossen. Der Geltungsbereich kann dem Lageplan entnommen werden. Die Planung ist dem Antragsteller mit städtebaulichem Vertrag zu übertragen.

Einstimmiger Beschluss

Anträge an den Rat der Stadt Varel

9.2.4 2. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragsstellenplan 2009

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass durch diese Nachtragshaushaltssatzung eine zusätzliche Beamtenstelle geschaffen werden soll, die zu Mehrkosten von ca.

12.000 € führen. Bereits in der letzten Ratssitzung wurde eine weitere Stelle im höheren Dienst beschlossen, die auch mit Mehrkosten verbunden ist. Das Defizit der Stadt Varel erhöht sich um 2,5 Mio. €, kumuliert mit dem Minus der letzten Jahre, führt das nach Ansicht der SPD-Fraktion zu einer dramatischen Haushaltslage, in der der Personalhaushalt nicht noch weiter ausgedehnt werden sollte. Die SPD-Fraktion wird in Zukunft ganz genau die Einsparvorschläge beobachten. Aus ihrer Sicht gibt es bei der Stadt genug „Häuptlinge“.

Ratsherr Tischer gibt zu bedenken, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt 2009 zugestimmt hat, in dem die Stelle des Ersten Stadtrates anteilig enthalten ist. Daher tritt in diesem Punkt zunächst von der Haushaltssituation keine Veränderung ein. Die CDU-Fraktion hat aber die Personalkostensituation der Stadt sehr wohl im Auge. Hier soll eine TVÖD-12-Stelle in eine A 13 Stelle umgewandelt werden. Dies bringt brutto eine Veränderung von ca. 12.000 €. Dabei ist zu bedenken, dass gleichzeitig eine Überkompensation dieses Ansatzes besteht, da im ersten Ansatz der Bereich der Bauverwaltung und der Planung verschlankt wurde. Bei der Wiederbesetzung einer Stelle in der Bauverwaltung rückt jemand nach, dessen frei werdende Stelle nicht wieder besetzt wird. Per Saldo ergibt sich daher eine Einsparung. Die Stadt braucht qualifizierte fähige Mitarbeiter. Daher kann die CDU-Fraktion dieser Angelegenheit zustimmen.

Auch wenn sie der Stelle im Stellenplan zustimmen, wird sich die MMW-Fraktion enthalten, da sie den Haushalt als Ganzes damals abgelehnt haben und ihn nicht durch diese Einzelentscheidung nachträglich zustimmen möchten.

Ratsfrau Etzold gibt zu bedenken, dass kein neuer „Häuptling“ ernannt, sondern lediglich ein bestehendes Arbeitsverhältnis verändert wird. Ein Verzicht auf diese Stelle ist nicht möglich, da es zur Zeit viele Vorhaben gibt, in denen Planung notwendig ist und auch größere Planungen im Hause begleitet werden müssen.

Ratsherr Hillebrand möchte klar stellen, dass sich die SPD-Fraktion nicht grundsätzlich gegen Beamte ausspricht. Die SPD hat nachweisbar die Konsolidierung sehr ernst genommen und zum Teil harte Einschnitte vorgenommen, in Bereichen, in denen hohe Defizite zu verzeichnen waren. Bei aller Wertschätzung für die Aufgaben können nicht mehr Stellen geschaffen werden, die nachher nicht mehr bezahlt werden können.

Bürgermeister Wagner weist nochmals darauf hin, dass es hier schlichtweg um eine Umwandlung einer TVÖD 12-Stelle in eine A 13 Stelle geht. Die Stadt hat auch in der Vergangenheit ihr Personal adäquat entsprechend des Tarifvertrages und des Gesetzes bezahlt und sollte es auch an dieser Stelle tun. Im übrigen wurden im letzten Jahr auch im Bauhof drei Stellen auf Veranlassung der SPD-Fraktion um 3 Monate ausgebaut.

Ratsherr W. Langer sieht die Tendenz etwas zu qualifizieren als richtig an. Er rät, wenn man sparen will, sollte man es nicht mit der Schere tun.

Beschluss:

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2009 wird in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vorliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 20 Nein: 10 Enthaltungen: 3
damit mehrheitlicher Beschluss**

9.2.5 Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung einer weiteren A 13 Stelle im höheren Dienst

Die CDU-Fraktion und SPD-Fraktion einigen sich dahingehend, dass die Diskussion zu diesem TOP mit unter TOP 9.2.4 und soweit personenbezogene Elemente enthalten sind, unter TOP 2.1.1 des nichtöffentlichen Teils erfolgt.

9.2.6 Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH; Benennung der Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung

Der Rat der Stadt Varel hat in seiner Sitzung am 19. März 2009 den Abschluss des Gesellschaftsvertrages für das Zukunftszentrum Technologie- und Ausbildung Varel-Friesland GmbH in der vorgelegten Fassung zugestimmt (siehe 8.6.1 der Niederschrift). Nach § 6 Abs. 1 des Gesellschaftsvertragsentwurfs entsendet jeder Gesellschafter neben dem Hauptverwaltungsbeamten zwei weitere Vertreter/innen in die Gesellschafterversammlung und regelt die Stellvertretung.

Die Benennung der Vertreter/innen der Stadt Varel soll in der Sitzung des Rates am 18.06.2009 und der Vertreter/innen des Landkreises in der Sitzung des Kreistages am 24.06.2009 erfolgen. Wegen der Ladungsfristen kann dann erst eine Woche später eine Gesellschafterversammlung einberufen werden, durch die die formale Handlungsfähigkeit der Gesellschaft durch die Bestellung der Geschäftsführer hergestellt werden kann. Bis dahin verstreicht wertvolle Zeit, die zur formalen Antragstellung zwecks Förderung der Projekte durch das Land sowie auch für noch einzuleitende vorbereitende Untersuchungsmaßnahmen für das Projekt notwendig ist.

Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, den Gesellschaftsvertrag in § 6 Gesellschafterversammlung dahingehend zu ergänzen, dass die erste Gesellschafterversammlung zum Zwecke der Bestellung der ersten Geschäftsführer von denen die Gesellschafter bei Abschluss des Gesellschaftsvertrages vertretenen Personen abgehalten wird, und in allen künftigen Gesellschafterversammlungen die Gründungsgesellschafter zusätzlich zum Hauptverwaltungsbeamten als geborenem Mitglied nach § 111 Abs. 2 NGO je zwei Vertreter entsenden und dafür je einen Stellvertreter benennen. Der Hauptverwaltungsbeamte wird dann von seinem Vertreter im Amt vertreten.

Diese Regelung ist auch schon bei der Gründung der Jade Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH praktiziert worden. Sie dient ausschließlich dazu, die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Gesellschaft herzustellen. Aus diesem Grunde bittet die Verwaltung, diesem Verfahren zuzustimmen und eine entsprechende Ermächtigung zu erteilen.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass neben Herrn Höfer vom Landkreis Friesland Herr Kreikenbohm die Stelle des technischen Geschäftsführers als Nebentätigkeit übernimmt.

Beschluss:

Um die kurzfristige Handlungsfähigkeit der Gesellschaft Zukunftszentrum Technologie und Ausbildung Varel-Friesland GmbH herzustellen, wird die Verwaltung ermächtigt den Gesellschaftsvertrag in § 6 Gesellschafterversammlung wie folgt zu

ergänzen und entsprechend dem zu verfahren:

„Die erste Gesellschafterversammlung wird zum Zwecke der Bestellung der ersten Geschäftsführer von den die Gesellschafter bei Abschluss dieses Gesellschaftsvertrages vertretenden Personen abgehalten. In allen künftigen Gesellschafterversammlungen entsenden die Gründungsgesellschafter zusätzlich zum Hauptverwaltungsbeamten als geborenem Mitglied nach § 111 Abs. 2 NGO je zwei Vertreter und benennen je einen Stellvertreter. Der Hauptverwaltungsbeamte wird von seinem Vertreter im Amt vertreten.“

Die zwei zusätzlich zu entsendenden Vertreter/innen in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft sowie deren Stellvertreter werden im Rahmen der Sitzung des Rates am 18. Juni 2009 benannt.

Einstimmiger Beschluss

10 Mitteilungen des Bürgermeisters

10.1 Stadttombola 2009

Bürgermeister Wagner fordert die Ratsmitglieder auf, bei der Eröffnung der Stadttombola 2009 am 20.06.2009 tatkräftig mitzuhelfen.

10.2 Aktion der Stadt Varel zwischen Wald und Meer

Bürgermeister Wagner bedankt sich bei der Nordwest-Zeitung, die die Aktion der Stadt Varel zwischen Wald und Meer gesponsert hat.

10.3 Erster Stadtrat

Nach der Ausschreibung der Stelle des Ersten Stadtrates liegen 38 Bewerbungen vor.

11 Behandlung von Anfragen und Anregungen

11.1 Bürgerinitiative Varel "Lärmschutz"

Ratsherr I. Chmielewski weist auf ein Schreiben der Bürgerinitiative Varel „Lärmschutz“ hin, in dem sie einen Forderungskatalog mit vielen sinnvollen Anregungen aufgestellt hat. Da aufgrund der Kürze eine Behandlung in der heutigen Ratsitzung nicht möglich war, sollte er zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen und die geforderte Bürgerbeteiligung in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

11.2 Kernkraftwerk Esensham

Ratsherr I. Chmielewski weist darauf hin, dass es Bestrebungen gibt, die Laufzeit des Kernkraftwerks Esensham, das seit fast 31 Jahren am Netz ist, über 2012 zu verlängern. Als betroffene Stadt sollte der Rat die Initiative ergreifen und eine entsprechende Resolution verfassen, in der er sich gegen die Erweiterung der Betriebsdauer ausspricht. Er bittet den Bürgermeister diese entsprechend vorzubereiten.

11.3 Grundschulen

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass die SPD-Fraktion einen Antrag gestellt hat, dass der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport kurzfristig einberufen werden soll, um möglichst schnell zu einer Entscheidung bezüglich der Schulen zu kommen. Dies ist wichtig, um den Schulen Planungssicherheit zu geben und den Eltern die Angst vor einer möglichen Schließung zu nehmen.

Aus Sicht des Bürgermeisters Wagner ist es wichtig, zunächst die Informationsveranstaltungen in den Schulen, die letzte findet am 22.06. in Obenstrohe statt, abzuschließen und dann die daraus gewonnenen Erkenntnisse im Benehmen mit dem Ausschussvorsitzenden Herrn W. Langer für den Ausschuss zusammen zu stellen. Von den Eltern kam häufig die Forderung, die Entscheidung etwas hinaus zu ziehen, um auch eine vernünftige Entscheidung zu bekommen.

Ratherr Bruns erwartet von der beantragten Sitzung nicht, dass bereits die Ergebnisse der Informationsveranstaltungen vorgestellt werden, sondern es ging in dem SPD-Antrag um Klarstellung zu bestimmten Sachlagen, die aus ihrer Sicht in den Informationsveranstaltungen anders dargestellt wurden, wie im Arbeitskreis besprochen. Darüber hinaus sollte eine Zeitachse aufgestellt werden, wie die Themen abgearbeitet werden sollen. Es geht nicht darum, eine abschließende Entscheidung herbeizuführen.

Bürgermeister Wagner bittet darum, ihm Zeit für die Vorbereitung zu gewähren, da ihm zur Zeit einige personelle Ressourcen fehlen. Die Bürger sollen vernünftig beraten und in die Entscheidung einbezogen werden.

Auch Ratsfrau Etzold spricht sich für eine zügige Weiterbehandlung dieses Themas aus. Es hat sich gezeigt, dass noch viel Diskussionsbedarf besteht, um eine qualifizierte Entscheidung zu treffen. Dabei sind die Fraktionen auf gute Berichte aus den Informationsveranstaltungen angewiesen. Sie hofft, dass Anfang August mit der Beratung begonnen werden kann.

11.4 Kurverwaltung Nordseebad Dangast

Ratsherr Müller bittet um Informationen zur Ausschreibung und um möglichst schnelle Einberufung des Werksausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast.

Bürgermeister Wagner erklärt, dass am 19.06.2009 ein Gespräch mit der Treuhand stattfindet, in der die Stadt abschließend über das Ausschreibungsergebnis informiert wird. Anschließend werden die Fraktionsvorsitzenden unterrichtet.

11.5 Entwässerungsverband

Ratsherr Rathkamp gibt noch einige Erläuterungen zu dem Bescheid über 12 € vom Entwässerungsverband. Er weist darauf hin, dass die Problematik nur die Einwohner der Stadt, die am Kanal angeschlossen sind und nicht die Landbevölkerung betrifft, da diese schon seit langem für die Entwässerung direkt an den Entwässerungsverband zahlen. Außerdem hat sich im letzten Jahr das Nds. Wassergesetz geändert und der Entwässerungsverband erhebt jetzt für versiegelte Flächen den 4-fachen Hebesatz. Damit zahlen die meisten Einwohner den Mindestsatz für einen ha in Höhe von 12 €. Bislang gab es in Varel die Besonderheit, dass die Stadt für die direkt am Kanalnetz angeschlossenen, das Geld direkt an den Entwässerungsverband abgeführt hat.

Ratsherr Böcker berichtet, dass ihm die zuständige Stelle in Jever mitgeteilt hat, dass diese Änderung der OOWV zu vertreten hat. Er fordert Bürgermeister Wagner auf zu prüfen, ob es rechtens ist und ob die Bürger diesen Betrag zahlen müssen. Die Angelegenheit hat ihn erstaunt, da beim Verkauf der Kläranlage durch die SPD Gebührenstabilität versprochen wurde, die jetzt nicht eingehalten wird. Aus seiner Sicht haben die Ratsherrn nicht gewusst, dass die Einwohner jetzt mehr zahlen müssen. Er fragt Bürgermeister Wagner, ob noch mit mehr unangenehmen Überraschungen zu rechnen ist.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass Erhebungsberechtigter für solche Beträge der Entwässerungsverband ist, insofern geht er davon aus, dass der Entwässerungsverband dieses formaljuristisch geprüft hat und sie den Betrag erheben dürfen. Der OOWV als Rechtsnachfolger hat die Erhebung mit dem Entwässerungsverband in dieser Form geregelt. Er kann sich nicht vorstellen, dass weitere unangenehme Überraschungen kommen, wird dieses aber prüfen. Mit dem OOWV wurde vereinbart, dass der Beitragssatz für drei Jahre festgeschrieben wird, diese Frist ist zum 31.12.2008 ausgelaufen. Es muss dem OOWV gestattet sein, Dinge, die in die Kalkulation einfließen, an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu geben. Insofern wird man nie von einer Gebührenstarrheit sprechen können.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Hillebrand bestätigt Bürgermeister Wagner, dass es damals in die Vereinbarung eingeflossen ist und im Preis enthalten war.

Um 20:35 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)